

# Antrag Nr. 23-O-02-0020

## DIE LINKE

---

### Betreff:

Maßnahmen gegen Verdrängung und soziale Entmischung auf dem Wohnungsmarkt (Linke)

### Antragstext:

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße fordert den Magistrat auf, schnellstmöglich eine so genannte Erhaltungssatzung (auch „Milieuschutzsatzung“) nach § 172 BauGB für den Stadtbezirk Westend/Bleichstraße einzuführen. Durch entsprechende Verordnung hat das Land Hessen im November 2020 Wiesbaden als „angespannten Wohnungsmarkt“ anerkannt. Damit gilt ein erweiterter Mieterschutz. Der Ortsbeirat fordert den Magistrat auf, eine Informationskampagne zu entwickeln, um Mieterinnen und Mieter besser über ihre Rechte aufzuklären.

#### Begründung:

Das Wiesbadener Westend ist - wie andere Stadtteile auch - inzwischen mehr und mehr von einer Verdrängung bzw. sozialen Entmischung (Gentrifizierung) betroffen. Besonders gefährdet sind Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind. Ein Personenkreis, der im Westend überdurchschnittlich vorhanden ist. Andere vulnerable Gruppen sind Alleinerziehende und Senior:innen. Wie die traurige Geschichte des „Winzerstübchens“ im Stadtteil Mitte zeigt, macht die Gentrifizierung natürlich auch vor alteingesessenen Gastronomiebetrieben nicht halt. Mit dem Instrument der Milieuschutzsatzung hätte die Stadt zukünftig einen Genehmigungsvorbehalt bei baulichen Maßnahmen wie Luxussanierungen oder bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Außerdem ein Vorkaufsrecht zur Sicherung von Erhaltungszielen. Die Milieuschutzsatzung ist also vor allem ein präventives Instrument und muss deshalb auch schnellstmöglich eingeführt werden, um zu verhindern, dass in einer Stadt, die zu den Top10 der deutschlandweit höchsten Mieten zählt, weiterhin Menschen durch bauliche Maßnahmen aus ihren angestammten und vergleichsweise günstigen Wohnquartieren verdrängt werden.

Wiesbaden, 02.05.2023